

Die Grippewelle hat uns erreicht!

INTERVIEW mit Dr. med. Urs Hürlimann aus Hünenberg

Die Zuger Woche wollte von Urs Hürlimann, Facharzt für Allgemeinmedizin in Hünenberg, wissen, ob uns die «Grippewelle» schon erreicht hat, wie man sich vor ihr schützen kann und wo die Gefahren einer Grippeerkrankung liegen.

Interview von Lilian Fritze

Dr. Hürlimann, hat uns die Grippewelle schon erreicht?

Die Grippewelle erreichte uns in der Schweiz in den letzten drei Wochen mit zunehmenden Fällen und hat vergangene Woche den Schwellenwert der Grippeepidemie erreicht. Dieser wurde für die Saison Winter 2015/2016 für die Schweiz vom Bundesamt für Gesundheit auf 68 Fälle pro 100'000 Einwohner berechnet.

Wann spricht man von einer Grippeepidemie?

Wir sprechen in der Medizin von einer Grippeepidemie, wenn die echten Grippeerkrankungen, durch das Influenza-Virus verursacht, den epidemischen Schwellenwert erreichen. Dazu zählen keine Erkäl-

tungen, die im Volksmund jedoch auch häufig als Grippe bezeichnet werden.

Wie schützt man sich vor der Grippe?

Allgemeine Massnahmen sind häufiges Waschen der Hände oder die «Händedesinfektion», nach Möglichkeit geschlossene Räume mit vielen Leuten wie ÖV / Kino meiden und den Erkrankten in den ersten Krankheitstagen nicht zu nahe kommen. Eine spezielle Massnahme ist die Grippeimpfung, die gemäss ersten Erkenntnissen in dieser Saison 2015/2016 einen guten Schutz bietet.

Haben Sie «Behandlungstipps» für Leute, die sich schon mit der Grippe herumquälen?

Die echte Grippe würde ich mit viel Trinken, medikamentös beispielsweise mit Paracetamol oder einem Grippemedikament (Kombipräparat) behandeln. In der Regel hütet der Patient dann auch das Bett, hat zu Beginn höheres Fieber, ist abgeschlagen und hat Gliederschmerzen.



Bild: z.V.g.

Urs Hürlimann: «Eine grosse Gefahr stellt die Grippe für SeniorenInnen über 65 Jahre, insbesondere jene mit chronisch zusätzlichen Herz-, Lungen- oder anderen schwereren Krankheiten, dar.»

Eine Grippe verläuft nicht immer harmlos. Welche Komplikationen können auftreten?

Gefürchtet ist die rasch auftretende Influenza-Pneumonie, also eine direkt durch das Virus verursachte schwere Lungenentzündung. Es

können im Verlauf auch sekundäre bakterielle Lungen- oder Hals- und Ohrenentzündungen auftreten, die dann antibiotisch behandelt werden müssen. Selten, aber gefährlich, ist eine Hirnhautentzündung durch das Influenzavirus.

Für wen stellt die Grippe eine besonders grosse Gefahr dar?

Eine grosse Gefahr stellt die echte Grippe für SeniorenInnen über 65 Jahre, insbesondere jene mit chronisch zusätzlichen Herz-, Lungen- oder anderen schwereren Krankheiten, dar. Immungeschwächte Patienten oder Patienten unter Chemotherapie sind weiter stark gefährdet. Bei den Kindern sind es ebenfalls jene mit schweren chronischen Krankheiten, die besonders gefährdet sind.

Wie viele Todesopfer hat die letzte Grippewelle in der Schweiz gefordert?

Je nach Quelle wird die Zahl der Todesfälle der letztjährigen Grippewelle 2014/15 auf 1500 bis 2500 geschätzt. Die Betroffenen waren meist Personen über 65 Jahre.

Empfehlen Sie die Impfung?

Die zuvor genannten Personen können sich mit der Grippeimpfung gut schützen. Für alle anderen gilt eigentlich das Solidaritätsprinzip: Als im Gesundheitswesen tätige Person (Arzt, Pflegefachperson) mit Patientenkontakt, oder auch einfach als Mensch mit Kontakt zu den zuvor genannten gefährdeten Personen, sollte man auch als gesunder Mensch ohne Risiko die Grippeimpfung machen lassen.

Werden Grippeviren aggressiver? Wenn ja, woran liegt das?

Die Grippeviren werden meines Erachtens nicht aggressiver, aber sie mutieren sehr rasch, das heisst, sie können ihre Oberfläche rasch verändern und unser Immunsystem so immer wieder austricksen. Die bekannte spanische Grippe 1918/19 forderte damals bereits geschätzt bis 50 Millionen Tote. Heute spielt unsere Globalisierung mit der grossen Mobilität sicher auch eine Rolle bei der raschen Verbreitung von Grippeviren.

Dr. Hürlimann, vielen Dank für das Interview.

Umsichtig statt einseitig

SP Sprache als Schlüssel zu Integration und Chancengleichheit

Im Populismus gibt's schnell ein Ja oder Nein. Sachpolitisch nicht. Die Regierung will, dass niederlassungswillige AusländerInnen von «hohem öffentlichem Interesse» kein Deutsch nachweisen müssen. Diese Ausnahme lehnt die SP rundweg ab, nachzulesen in der Vernehmlassung vom letzten März.

Von Barbara Gysel

Seit 2013 gilt mit §8 EG AuG in Zug: Wer nicht ohnehin Anspruch auf die Niederlassung hat, braucht Deutsch. Die SP unter Federführung von Markus Jans und Eusebius Spescha und Teile der Grünen unterstützten das damals im Kantonsrat: Menschen ohne Privilegien sollen de facto mehr Chancengerechtigkeit erfahren. Erstens erhalten Drittstaatsangehörige die gleiche Ausgangslage wie Personen aus dem EU/Efta-Raum, indem sie mit Deutsch schon nach fünf statt erst nach zehn Jahren ein C beantragen können (Art. 34 Abs. 4 AuG). Zwei-



Bild: ZW-Archiv

Barbara Gysel, Präsidentin SP Kanton Zug.

tens ist Sprache einer der Schlüssel zu Integration und Chancengleichheit. Das Zuger Modell koppelt Deutsch anders als etwa Basel

an Niederlassung und nicht an den Aufenthalt. Der Regierung zufolge funktioniert die Grundidee für die Zielgruppe: «[...] zeigt sich erfreulicherweise tatsächlich eine erhöhte Bereitschaft zum Erlernen der Sprache bzw. zum Ablegen von entsprechenden Prüfungen – teils sogar zu einem höheren als dem geforderten Niveau». Es geht also um «Equity», um angemessene Gleichbehandlung («Wer es nötig hat, dem wird gegeben»). Die «absolute Gleichheit», Equality, vor dem Gesetz gilt bei Ausländern nicht, etwa durch die Ausweiskategorien N, F, S, G, L, B oder C. Dass Superreiche zwecks Chancengleichheit nun Deutsch bräuchten, kann man im Sinne von Equity zwar nicht erwarten. Die Spezialklausel ist aber heikel, weil sie das Gleichheitsgebot, die Equality, verletzt. Die Änderung bei §8 Abs. 2 EG AuG lehne ich daher ab – wohl wissend, dass die soziale Realität aber eine vielschichtiger ist als die populistische Debatte.

Ja zur Durchsetzungsinitiative

Jedes Mal, wenn eine Volksinitiative oder ein Referendum mit einem SVP-Label zur Abstimmung gelangt, geht es wie bei einem Naturgesetz los - alle anderen Politiker und Opinion Leaders sind per se dagegen, alle! Leider wird von den Gegnern auch diesmal viel gelogen oder aus Unwissenheit irgendetwas nachgeplappert - so wie damals bei der Ausschaffungsvorlage und natürlich jetzt wieder bei der Durchsetzungsinitiative. Beispiele werden medial konstruiert, die hinten und vorne nicht stimmen – einer

klaut einen Apfel und schon wird der arme Ausländer ausgeschafft? Mumpitz: Diebstahl alleine ist nicht im Katalog der Straftaten. Diebstahl führt nur dann zwingend zur Ausweisung, wenn gleichzeitig die Straftatbestände wie Sachbeschädigung und des Hausfriedensbruchs kumulativ vorliegen. Zusätzlich gilt, dass die Entwendung von Sachen bis zu einem Wert von Fr. 300.– gar nicht als Diebstahl gemäss Strafgesetzbuch verfolgt, sondern als geringfügiges Vermögensdelikt behandelt wird. Was will die

Durchsetzungsinitiative? Kriminelle Ausländer sollen ohne Wenn und Aber ausgeschafft werden können, und zwar bei schweren Delikten wie z.B. Mord, Raub und Vergewaltigung. Sie müssen zwingend unser gastfreundliches Land verlassen – das schafft Sicherheit und senkt die Kriminalität, weil die Ausschaffung potenziell abschreckt. Jetzt müssen wir es nur noch umsetzen: Darum Ja zur Ausschaffung krimineller Ausländer, Ja zur Durchsetzungsinitiative.

Philip C. Brunner, Zug

Vielen Dank für das Vertrauen!

Am vorletzten Sonntag, 17. Januar 2016, haben mich die Zuger Wähler mit 17'844 Stimmen zum Regierungsrat des Kantons Zug gewählt. Ich danke den Zugerinnen und Zugern ganz herzlich für diesen tollen Wahlausgang. Zari Zafari gratuliere ich zu seinem aktiven Wahlkampf und zu seinem sehr guten Resultat. Ein grosser Dank geht an meine Partei, die vielen Wahlhelfer und an den Wahl-

kampfleiter der kantonalen CVP, Nationalrat Gerhard Pfister, der sich so kurz nach seinem eigenen Wahlkampf uneigennützig für meine Wahl eingesetzt hat. Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe als Regierungsrat und Gesundheitsdirektor. Meine Wahl ist eine Verpflichtung. Ich werde mich bemühen, die zurecht hohen Erwartungen zu erfüllen.

Martin Pfister, Allenwinden

Ihnen gebührt mein Dank

Die Wahlen sind vorbei und die Plakate abgeräumt. Ich möchte diesen kurzen «Moment der Ruhe», bevor die Kantonsratsstätigkeit wieder losgeht, nutzen, um mich bei verschiedenen Personen für ihre Unterstützung zu bedanken. Meinen 8540 Wählerinnen und Wählern danke ich für ihr Vertrauen. Die Stimmen haben zwar (noch) nicht zum Einzug in die Regierung gereicht. Sie haben allerdings zu einem soliden Abschneiden in dieser Wahl geführt, was mir viel bedeutet. Weiter danke ich den Landeigentümerinnen und -eigentümern, die mir einen Standplatz zur Verfügung stellten. Dadurch konnte ich eine sichtbare Kampagne führen, auch wenn ich nur einen Bruchteil der Mittel meines CVP-Kontrahenten zur Verfügung hatte. Damit haben diese Personen letztendlich zu einer funktionierenden Demokratie beigetragen – in welcher nicht nur das Portemonnaie entscheidet, sondern Fleiss und Engagement ebenfalls belohnt werden. Drittens

bedanke ich mich herzlich bei den über 200 Mitgliedern meines breit abgestützten Unterstützungskomitees. Einige dieser Menschen unterstützten mich mit genialen Ideen, warben im persönlichen Umfeld, halfen mit beim Kleistern oder Aufstellen der Plakate. Andere wiederum spendeten einen Batzen, damit ich auch das eine oder andere Inserat schalten konnte. Zuletzt danke ich der SP Kanton Zug, dass sie mich nominiert und tatkräftig unterstützt hat. Es war immer gut zu wissen, dass ich auf meine Partei zählen konnte. Im gleichen Atemzug danke ich den Alternativen der Grünen für die offizielle Unterstützung. Ich bin überzeugt, dass ich das in mich gesteckte Vertrauen durch einen engagierten Wahlkampf rechtfertigen konnte. Nun freue ich mich, die im Wahlkampf gewonnenen Erfahrungen weiterhin in die Zuger Politik einfließen zu lassen. In eine Politik für alle und nicht nur ein paar Wenige.

Zari Dzaferi, Baar

Wollen auch Sie Ihre Meinung zu einem brisanten Thema äussern?

Dann tun Sie es – wir geben Ihnen die Möglichkeit dazu!

Senden Sie Ihre Leserbriefe mit maximal 2000 Zeichen an redaktion@zugerwoche.ch.

